

Genosse Prof. Dr. phil. habil. Otto Goldhammer erlebte sie mit:

Wahlen von der Weimarer Republik bis heute



PARTEIVETERAN, Mitglied der Arbeiterpartei seit 1930, Vorsitzender der Kommission zur Betreuung alter und verdienter Parteimitglieder bei der SED-Kreisleitung - unser Autor Prof. Dr. Otto Goldhammer. Foto: Hasdika

Am 11. November wählen die Bürger der DDR ihre neue Volkskammer. Als Kandidaten sind auch dieses Mal wieder Frauen und Männer jeden Alters, Mitglieder der demokratischen Blockparteien und gesellschaftlichen Massenorganisationen, Wissenschaftler und Künstler sowie Vertreter aller nur erdenklichen Berufe vorgeschlagen worden. Nur ein Beruf fehlt dabei: Der private Großunternehmer, der Privateigentümer großer Werke und Fabriken, in denen Tausende und Abertausende arbeiten, die von dem Besitzer oder von einem Konsortium der Aktionäre ausgebeutet werden.

Eine solche Volkskammer wählen wir auch dieses Mal wieder - eine solche und keine andere.

Da ich als junger Mensch an Wahlen gänzlich unterschiedlichen Charakters teilgenommen und an ihrer parteipolitischen Vorbereitung aktiv mitgewirkt habe, möchte ich an einigen Beispielen von Reichstagswahlen der Weimarer Republik, von "freien" Wahlen des faschistischen Regimes und von demokratischen Volkswahlen unseres sozialistischen Staates zeigen: "Wahlen in imperialistischen Staaten sind weder frei, noch sind sie Wahlen zwischen entgegengesetzten Gesellschaftssystemen. Die Macht- und Eigentumsverhältnisse in den Staaten des Imperialismus oder Monopolkapitalismus können durch parlamentarische Wahlen allein nicht im mindesten beeinflusst oder gar grundlegend verändert werden. Wohl aber kann durch Manipulationen der öffentlichen Meinung (wie z. B. durch den Springer-Konzern in der BRD) in der Bevölkerung die Überzeugung geweckt werden, als brauche der Staatsbürger die Symptome der erschreckend zunehmenden Ausbeutung, Militarisierung und international anfälligen Krisen-Wirtschaft gar nicht allzu ernst zu nehmen. Gegen diese geradezu planmäßige Volksverdummung gibt es nur eine Gegenkraft: politische und ideologische Einheit der internationalen Arbeiterklasse und ihre Vereinigung im Weltmaßstab. Ihre führende Rolle kann deutlich gezeigt werden an den harten Klassenkämpfen der Weimarer Republik und dem unüberwindlichen politischen Widerstand der besten Söhne der Arbeiterklasse gegen den Faschismus.

Meine erste Wahl als achtzehnjähriger Student

Im Jahre 1928 habe ich als achtzehnjähriger Student zum ersten Male an einer Reichstagswahl der Weimarer Republik teilgenommen. Wenn die Länge des Wahlzettels einen Maßstab für den demokratischen Charakter einer Wahl abgeben würde, so hätten die damaligen Reichstagswahlen als wahre demokratische Musterbeispiele dienen können. Die Wahlzettel glichen schon eher papierernen Wahlhütern, auf denen sich 25 bis 31 Parteien aller Spielarten und Interessengemeinschaften den Wählern anboten. Außer den großen und bekannten Parteien der Arbeiterklasse rangierten die Parteigruppierungen der herrschenden Klasse mit ihren so unterschiedlich klingenden Namen: Da gab es die Deutsch-Nationalen, die Demokraten, die Deutsch-Völkischen, den Jungdeutschen Orden mit seinem Oedenmeister Arthur Mähraun, die Bayerische Volkspartei, das Zentrum, den Haeser-Bund und sogar die "Partei" jenes Mannes, der für die volle Aufwertung der rot oder blau gestempelten Tausendmarktscheine jener Jahre kämpfte. (In welcher der beiden Farben ein solcher Tausender gestempelt sein mußte, ist mir heute nicht mehr gegenwärtig; denn zur damaligen Zeit besaß weder ein Arbeiter noch ein Angestellter oder kleiner Handwerker Fünftig- oder Hundertmark-

scheine, geschweige rote oder blaue Tausender.) Sie alle wollten gewählt werden und versprachen aus diesem Grunde allen Leuten alles und jedes.

Warum konnte es jedoch einer erst zu nehmenden Arbeiterpartei in Wirklichkeit nur gehen? Es ging um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit: Millionen Arbeiter waren entweder gänzlich arbeitslos oder arbeiteten kurz. Ihnen mußte unter allen Umständen geholfen werden. Es ist sehr wichtig, heute darauf hinzuweisen, daß damals die Arbeitslosenunterstützung je nach der Stärke der Familie bis zu 20 Mark betragen konnte, nach der Ausstattung (acht Wochen) jedoch als Krisenunterstützung bis auf 16 Mark pro Woche absank. Und doch spendeten viele dieser Arbeitslosen und Kurzarbeitenden viele von ihnen Mitglieder der KPD - besser gesagt Opfer - die wöchentlich ihren Groschen für die "Rote Hilfe" als Zeichen ihrer unbegrenzten Solidarität mit den eingekerkerten politischen Gefangenen. (Nehmen wir alle eigentlich auch unsere Verpflichtung zur internationalen Solidarität, z. B. für das tapfere vietnamesische Volk so ernst?) Ferner ging es um den Kampf gegen den Bau von vier Panzerkreuzern, es ging um die Durchsetzung der Kinderschutzgesetze für die arbeitslosen Familien, die nach Hunderttausenden zählten.

Der Wählerauftrag 1928 und heute in der BRD

Wie sah nun das Wahlergebnis aus, das heißt, wie gestaltete sich die praktische Politik nach dem Reichstagswahltag? Dies soll am Beispiel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gezeigt werden. Kaum war die SPD durch diese Reichstagswahl wieder in die Regierung gelangt, da verlangten die SPD-Führer im Gegensatz zu den Versprechungen, mit denen sie vor der Wahl die Stimmen eines großen Teiles der Arbeiterklasse gewonnen hatten, den Bau des Panzerkreuzers "Deutschland" (der später in der Hilterszeit durch brutale Überfall-Aktionen auf den Meeren unruhlich von sich reden machte). Die SPD-Minister stimmten vor den Augen der Öffentlichkeit im Reichstag gegen den Bau des Panzerkreuzers, in der Verborgenheit des Kabinetts hingegen stimmten sie genauso wie alle bürgerlichen und faschistischen Parteien für den Bau des Panzerkreuzers. Diese "Arbeiterführer" waren infam (wog, dies mit der angeblich drohenden Gefahr eines sowjetischen Überfalls mittelmär Streitkräfte in der Ostsee zu begründen).

Was hier bei diesem Beispiel aus jener Zeit der Weimarer Republik dem Denken und Empfinden weiter proletarischer Kreise ins Gesicht schlug - und als Wahlschwindel und Volksbetrug gebrandmarkt wurde, ist zwanzig Jahre später in der BRD als "Recht und Gesetz" in der Verfassung (Artikel 9) wie folgt formuliert worden: "Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen." Diesem Gesetzestext kann man also leicht entnehmen, daß die sozialdemokratische Führung schon in den zwanziger Jahren genauso verantwortungslos und klassenfremd gehandelt hat wie jedes andere Mitglied des Bundestages von heute, das ebenfalls vor der Wahl in den Versammlungen Wahlaufräge sammelt und Wahlversprechen abgibt. Nach der Wahl hingegen ist nur noch sein "Gewissen", das heißt sein materielles Interesse, das von der Dienstleistung für seinen industriellen Auftraggeber abhängt, für ihn entscheidend. Ist eine solche "freie Wahl" mit demat "freiem Gewissen" für einen sozia-

listischen Menschen etwa ein demokratisches Vorbild?

Eine politisch besonders aufschlußreiche Wahl waren die Reichspräsidentenwahlen des Jahres 1932. Die Kandidaten waren aufgestellt worden: Seitens der KPD unter Genosse Ernst Thälmann, seitens der bürgerlichen Parteien der Generalfeldmarschall des 1. Weltkrieges Paul von Hindenburg und von den Faschisten Hitler. Heute kann es sich niemand mehr vorstellen, in welcher niederrühriger Art und Weise die Hetze gegen den Genossen Thälmann seitens der bürgerlichen und faschistischen Parteien, leider aber auch von dem größten Teil der sozialdemokratischen Presse geführt worden ist. Ernst Thälmann erhielt damals trotz der bürgerlichen Gegenpropaganda 4,85 Millionen Stimmen. Eine Stichwahl war notwendig geworden, und die sozialdemokratische Führung propagierte mit allen Mitteln die Wahl des Generalfeldmarschalls Hindenburg. Sie bediente sich dabei des Arguments, daß der Faschist Adolf Hitler nur auf diese Weise geschlagen werden könne. Sie gebrauchte für diesen Anzweifeln den folgenden Werbe-Slogan: "Wer Hindenburg wählt, schlägt Hitler!" Auch in dieser Situation war es einzig und allein die sozialdemokratische Partei die Vorhut der deutschen Arbeiterklasse, welche die ganze Entwicklung richtig einschätzte und über ihr Parteiprogramm "Die rote Fahne" die entstandene Lage wie folgt formulierte: "Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler! Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!" Genosse ist es später auch gekommen, und sowohl die Arbeiterklasse Europas als auch alle Völker hazelten den 2. Weltkrieg des Kriegsbrandstifters Hitler mit Millionen und aber Millionen Töten und Kriegsverstärkten.

Bei der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 hatte die faschistische Hitlerpartei einen großen Rückschlag erlitten, und die Kommunisten waren mit 89 Mitgliedern in den Reichstag einzogegen. Die bürgerlichen Parteien sowie die Faschisten versuchten alles, um die empfindliche Scharte auszuweizen. Hitler sprach bei Landtagswahlen der deutschen Kleinststaaten, zum Beispiel in Lippe-Deimold, selbst in kleinen Orten. Er ging aus ganz, lehnte die angebotene Vizekanzlerschaft ab und verlangte die Reichskanzlerschaft, die Hindenburg ihm im Jahre 1932 noch abschlug. Über

Beziehungen zu den Großindustriellen arbeiteten der Vizekanzler von Papen und andere einflußreiche Politiker bereits auf die Machtübernahme des Faschisten hin, und am 30. Januar 1933 war es soweit, der Faschist Hitler war neuer Reichskanzler geworden. Die Nazis waren nicht genug, um einschätzen zu können, daß trotz dieses offensichtlichen Vorstoßes der NSDAP auch bei einer neuerlichen Reichstagswahl keine Aussicht bestand, im neuen Reichstag die Mehrheit zu erringen: Das riesige Heer von 6.047.000 Arbeitslosen und vor allem die starke Vertretung der deutschen Arbeiterklasse im Reichstag waren alles andere als eine Garantie für den ganz großen Sieg der NSDAP, den die Nazis bei den neuen Reichstagswahlen angekündigt hatten. Zu diesem Zwecke wurde der rücksichtslose Terror gegen die Kommunisten angewandt. Hitler eröffnete am 10. Februar 1933 den Wahlkampf mit einer neuen Propaganda über die "Vernichtung des Kommunismus in Deutschland". Es blieb aber nicht nur bei der Agitation, sondern der faschistische Mord sollte helfen und herbeizwingen, was im Propagandafeldzug trotz aller äußerlichen Erfolge nicht gelungen war.

Zur Propaganda kam das Verbrechen

Um die Bahn für den Faschismus gänzlich freizumachen und auch bei jenen Bürgelichen, die bisher noch Sympathien für die Arbeiterparteien, insbesondere für die KPD und den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion gehabt hatten, nunmehr Abscheu und Ablehnung zu erwecken. Gegen alles, was links war, führte die Hitler-Clique, insbesondere Göring, ein Verbrechen aus, das bis dahin in der parlamentarischen Geschichte zivilisierter Staaten noch nicht vorgekommen war: Er ließ am 27. Februar 1933 in Berlin das Reichstagsgebäude in Flammen aufgehen. Die Folgen dieses Verbrechens waren in ihrer Auswirkung auf das Empfinden und Denken der Bürger verheerend, und zwar deshalb verheerend, weil mit einem Propagandafeldzug gleichgültig durch Rundfunk, Zeitung, Plakate, Flugblätter und Versamm-

lungen die Kommunisten bezichtigt wurden, dieses Brandstiftungsverbrechen geplant und ausgeführt zu haben. In der gleichen Brandnacht noch wurden sowohl die KPD als auch die SPD ihrer Führungskader beraubt: Genossen und Funktionäre wurden zu Zehntausenden von der SA auf die Polizeireviere geschleppt und mißhandelt. Auf diese Weise glaubte Hitler, nunmehr mit Sicherheit die auf den 5. März 1933 festgesetzten Reichstagswahlen unter Ausschaltung jeglicher Konkurrenz durch die anderen Parteien für sich gewinnen zu können. Er hatte sich jedoch getäuscht. Die Kommunistische Partei und die besten Söhne der deutschen Arbeiterklasse kämpften auch ohne ihre Führer mit einer Hartnäckigkeit und Überzeugung ohne Gleichen. (Der Kampf hätte noch wirkungsvoller sein können, wenn der SPD-Parteivorstand in seiner Borniertheit nicht das erneute Einheitsfront-Angebot des ZK der KPD vom 1. März 1933 rigoros abgelehnt hätte. Wie man erkennt, war schon damals wie noch heute der SPD-Führung der Antikommunismus wichtiger als der Klassenkampf. Sie haben nichts vergessen und nichts dazugelernt.)

Obgleich viele Genossen gefangen gesetzt oder schon gefallen waren, obgleich es kein Verbrechen gab, das man nicht den Kommunisten angedeihen versuchte, obgleich das Wort "Kommunist" zum Synonym für den Ausdruck "Verbrecher" gemacht wurde, hat die Kommunistische Partei in dieser ersten Reichstagswahl nach dem Brandstiftungsverbrechen der Nazis gekämpft und gewählt: Mit 61 Abgeordneten hätten die Kommunisten im neuen Reichstag vertreten sein müssen. Hitler hatte also weder die absolute Mehrheit geschweige denn die von ihm angestrebte Zweidrittel-Mehrheit erlangt.

Was tat nun dieser Mann, der ja angeblich nur mit parlamentarischen Mitteln und nur auf dem Wege der Legalität die Macht erringen wollte? Er ließ kurzerhand die 61 Reichstagsmandate der KPD für null und nichtig erklären! Nun konnte er regieren, das bedeutete in der damaligen Zeit, mit schrankenloser Willkür diktieren. Es folgte am 23. März 1933 das Ermächtigungsgesetz, dem sogar die sozialdemokratische Führung ihre Zustimmung gab. (Aus dem Hohn der Faschisten, mit dem die Sozialdemokraten trotz ihrer Zustimmung auch noch mit den Worten bedacht wurden: "Spät kommt ihr, doch ihr kommt!", hat die Führung der Sozialdemokratie in der BRD bis heute nicht das Mindeste gelernt, geschweige denn irgendwelche politische Konsequenzen daraus gezogen.)

Was war das nun für eine Wahl am 5. März 1933? Wie ging sie vor sich? Es war überhaupt keine Wahl, es war eine Terror-Veranstaltung! Die Wahllokale waren von der SA besetzt. SA-Leute standen links und rechts der Wahlkabinen, angeblich um kommunistische Provokationen zu zerschlagen". Wahlzettelbeschönigungen konnten mit Bestimmtheit nachgewiesen werden. Trotzdem hatte die deutsche Arbeiterklasse unter diesen schrecklichen Umständen der ersten "freien" Wahlen 12 Millionen Stimmen beider Arbeiterparteien gegen den Hitlerfaschismus aufgebracht: 7,18 Millionen für die SPD und 4,85 Millionen Stimmen für die KPD. Es gab 11 Städte in der ganzen Weimarer Republik, in denen die Kommunisten trotz der abschreckenden Erschwernisse in der Zeit nach dem Reichstagsbrand sogar noch Stimmengewinne erzielt haben. Da ich in einer solchen Kleinstadt in der KPD an der politischen Vorbereitung dieser "Wahl" mitgearbeitet habe, kann ich das bezuagen. In Rossau (Elbe), einer Kleinstadt mit überwiegender Arbeiter- und Schiffer-Bevölkerung, überschritten die Stimmen der KPD gerade bei dieser Wahl zum ersten Mal die Eintausender-Grenze.

Ja-Sage-Aktionen unter faschistischer Herrschaft

Der Faschismus hatte nunmehr die Macht an sich gerissen und behauptete sie mit seinen verbrecherischen Methoden des Terrors und Massenmordes. "Wahlen" fanden während ihrer zwölfjährigen Zwangs-herrschaft nur vier statt; sie alle trugen den Charakter von Ja-Sage-Aktionen. Eine davon soll hier näher beschrieben werden. Neben Hitler als Kanzler regierte noch (wenn man sein Repräsentieren eines barbarisch rückständigen Staates und aggressiven Militarismus überhaupt als Regieren bezeichnet kann) der Reichspräsident Paul von Hindenburg. Er starb im August 1934, und eine Entscheidung mußte darüber herbeigeführt werden, ob entweder ein neuer Reichspräsident gewählt werden oder ob das Kanzleramt nunmehr das höchste im faschistischen Staat sein sollte. Hitler entschied sich für den Titel "Reichskanzler" und setzte einen Volksentscheid für den 19. August 1934 an. Er begründete diesen Schritt mit einer Formulierung, die angesichts der schon geschehenen Mordtaten und der bereits geplanten Verbrechen größten Aufmaßes in dem für ihn unabwehrbaren zweiten Weltkrieg buchstäblich wie ein blutiger Hohn auf alles lautete, was bis dahin unter Demokratie und freier Volksabstimmung verstanden worden ist. Er sagte: "Fast durchdrungen von der Überzeugung, daß jede Staatsgewalt vom Volke ausgehen und von ihm in freier und geheimer Wahl bestätigt sein muß", ... wolle er diesen seinen Entschluß, als Reichskanzler zu gelten, der freien Volksabstimmung vorlegen lassen. Das Ergebnis dieser Ja-Sage-Aktion ergab 38,5 Millionen Stimmen für den "Führer" und 4,2 Millionen gegen den Volksverbrecher. Bei dieser Wahl-Farce hatten in vielen Städten die Wahlkabinen schon keinen Vorhang mehr, sondern waren offen zum Wahlraum aufgestellt und von SA- und SS-Leuten flankiert. Und trotzdem hätte unter fast aussichtslosen Bedingungen die deutsche Arbeiterklasse, deren beste Söhne bereits hingerodet waren oder in den Zuchthäusern oder KZ-Lagern schmachteten, über vier Millionen Nein-Stimmen aufgebracht.

Man muß fragen, ob die Wähler der damaligen Zeit in Italien und Deutschland tatsächlich den 2. Weltkrieg "frei gewählt" haben; oder haben die damaligen faschistischen Diktatoren Mussolini und Hitler ihre Völker zwar "frei wählen" lassen, um sie dann zu so brutaler für ihre Kriegsverbrechen zu kommandieren? Und welche Nordamerikanischen haben mit den von ihnen gewählten Präsidenten Hoover, Kennedy, Johnson und Nixon zugleich auch die Genozid-Kriege des amerikanischen Welt-Imperialismus gegen die Völker Koreas, Vietnams, Laos und Kambodschas "frei" gewählt?

Unsere Wahlen: Ausdruck wahrhafter Demokratie

Nach dem 2. Weltkrieg sind wir Bürger der DDR wiederum an die Wahlen getreten. Niemals zuvor haben wir uns die Kandidaten vor den Wahlen so genau angesehen und sie auf Herz und Nieren geprüft. Niemals zuvor haben unsere Wahlkandidaten so festumrissene Wahlaufträge erhalten wie bei den Wahlen zur Volkskammer. ("Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages... sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.") Niemals zuvor sind sie überhaupt mit Rechenschaftsfragen gebeten worden, und wie häufig geschieht dies hingegen in unserer Zeit, und niemals zuvor haben die Errungenschaften unseres sozialistischen Aufbaus so unter öffentlicher Kontrolle gestanden wie von einer zur anderen Wahlperiode. In allen diesen Punkten sind die politischen und demokratischen Auffassungen der Parteien unseres demokratischen Blocks (SED, LDPD, CDU, NDPD, DBD und gesellschaftliche Massenorganisationen) sich völlig einig. Wirtschaftlicher Aufbau, Steigerung der Arbeitsproduktivität, jährliche Erhöhung des Volkseinkommens und des Bruttoeinkommens, ständige Erhöhung des Lebensstandards, ständiger Ausbau der Volksbildung, Entwicklung der Wissenschaften, Pflege der Kultur und des kulturellen Erbes: In allen diesen Dingen stimmen die Überzeugungen der Vertreter der Blockparteien und Massenorganisationen überein. Deshalb sehen unsere Wahlzettel "nur" so und nicht anders aus. Deshalb wählen wir nicht zwischen fünfzehn verschiedenen Parteien, deren jede wohl die wirtschaftliche Macht als auch die Prospektivität des Großkapitals, der Monopole und Konzerne erhöht und zugleich die Ausbeutung der Arbeiterklasse stets und ständig vergrößert, statt dessen wählen wir die Kandidaten unserer Nationalen Front, deren gesellschaftliche Arbeit in der kommenden Wahlperiode durch die Beschlässe des VIII. Parteitages eindeutig festgelegt ist, nämlich den sozialistischen Aufbau unseres Staates stets und ständig voranzubringen, zum Wohle der Arbeiterklasse und aller mit ihr verbundenen Kräfte unsere Deutsche Demokratische Republik zu schützen und den Frieden in Europa zu sichern.

Kurt Tucholsky (1926):

Angst des Kapitalisten vor der Einigkeit der Arbeiter

Früher hatte ich einen Feind:
Die verdammten Profeten!
Wie waren die Luder feste geeint -
Spitze - kurz treten!
Ein Stand - ein Kommando -
Ein Wille - ein Schritt -
Und alle mit -

Im November hing ich an einem Haar.
Die verdammten Profeten!
Meine Bank, mein Heiligstes, war in Gefahr -
Kopf ab - zum Reiten ...?
Ein Tag - eine Welle -
Ein Volk - ein Riß -
Und ich hatte Schiß.

Heute gibt es viele Sozialistenpartei,
Die dammen Proleten!
Laß sie doch durcheinander schreien,
Dann kann ich sie besser treten!
Ein Chaos - ein Kampf -
Ein Krach - ein Gerauf - Gottzidak!
Und ich oben auf!

Fotomontage John Heartfields zur Reichstagswahl 1928.

Die Rote Fahne

